

Commentaire

So, und hier noch das. Gruss, Denise Lachat

Table des matières

Ein unfreundlicher Akt gegenüber Genf	2
Libyen-Deal empört Genfer	4

Ein unfreundlicher Akt gegenüber Genf

Genfer Politiker reagieren verärgert auf den bundesrätlichen Eingriff in die Kantonshoheit

Denise Lachat, Lausanne

Ohne die kantonalen Behörden im Voraus zu konsultieren, kündigte Bundesrat Merz in Libyen eine Untersuchung bei der Genfer Polizei an. Die Verärgerung der Genfer über dieses Vorgehen sei verständlich, findet der Föderalismus-Experte Peter Haenni.

Auf die Einigung von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz mit Libyen in der Affäre Hannibal Gaddhafi reagierte die Genfer Regierung gestern knapp und deutlich. Auf jede mündliche Auskunft verzichtend, bekräftigte sie in einer schriftlichen Stellungnahme ihr Vertrauen in die Genfer Polizei und in die Justiz. Sie sei beunruhigt, dass der Bund ein ausländisches Schiedsgericht ermächtige, die «Schuldigen» bei den Genfer Behörden und der Genfer Polizei zu bezeichnen. Ohne die Genfer im Voraus zu informieren, lasse die Eidgenossenschaft den Kanton mit den künftigen Entscheiden dieses ausländischen Gerichts alleine, schreibt die Regierung. Sie hat darum mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Kontakt aufgenommen, um in diesem Verfahren Unterstützung von anderen Kantonen zu erhalten.

Tatsächlich ist die Strafverfolgung nicht die Domäne des Bundes. «In normalen Zeiten würde man sagen: Dieser Eingriff ist unzulässig», erklärt Peter Haenni, Professor am Schweizer Föderalismusinstitut in Freiburg. Allerdings komme im Fall Gaddhafi als Komponente die Aussenpolitik hinzu. «In der Aussenpolitik ist der Bund unabhängig von der internen Kompetenzverteilung für sämtliche Bereiche zuständig.» Rechtliche Einwände gegen das Vorgehen von Bundesrat Merz hätten darum «wenig Fleisch am Knochen», sagt der Föderalismus-Experte. Er räumt aber ein, dass die Genfer zumindest hätten konsultiert werden müssen, wenn schon die Kompetenz des Kantons geopfert werde, was doch ungewöhnlich sei. Dass der Bundesrat die Massnahme im Ausland verkünde, ohne zuvor die Betroffenen zu informieren, sei ein unfreundlicher Akt gegenüber Genf.

Grundsätzliche Fragen. Ob die KdK auf das Begehren Genfs eintritt, ist nach Auskunft von Roland Mayer noch offen. Zunächst würden die Fakten geprüft und dann dem leitenden Ausschuss unterbreitet, sagt der Leiter des Bereichs Aussenpolitik. Voraussichtlich komme die Sache ins Plenum: Immerhin gehe es um grundsätzliche Fragen angesichts der Tatsache, dass eine Administrativuntersuchung durch den Kanton Genf das Vorgehen der Polizei als rechtmässig einstufte, der Bundesrat diese Rechtmässigkeit aber nochmals von einem auswärtigen Gericht überprüfen lassen wolle. Der Genfer Polizeidirektor Laurent Moutinot (SP) hatte wiederholt betont, die Behörden zögen das Vorgehen der Polizei nicht in Zweifel.

Dass sich Bundesrat Merz am Donnerstag in Libyen für die «ungerechtfertigte und unnötige Verhaftung» von Hannibal Gaddhafi und seiner Familie entschuldigte, schockiert in Genf fast alle Parteien. «Das Prinzip der Gleichheit vor dem Recht wird mit Füßen getreten: Ich bin überzeugt, dass sich das Schweizer Volk dieser Entschuldigung nicht anschliessen kann», sagt die in der Opferhilfe tätige Genfer CVP-Kantonsrätin Anne-Marie von Arx, die auch die zwei Gaddhafi-Bediensteten betreute. Dass die Polizisten, die im internationalen Genf den Umgang mit Diplomaten gewohnt sind, gegenüber dem Sohn des libyschen Staatschefs und seiner schwangeren Frau das «nötige Fingerspitzengefühl» vermissen liessen, lässt von Arx nicht gelten. Erstens sei Hannibal Gaddhafi nicht mit einem Diplomatenpass in die Schweiz gereist, und zweitens habe die Polizei gewusst, dass die Leibwächter bewaffnet waren und im Ausland bereits gedroht hätten.

Verwunderung. SP-Präsident René Longet spricht von einem unzulässigen Eingriff des Bundes. «Es geht nicht an, dass man der Genfer Polizei vorschreiben will, wie sie ihre Arbeit zu machen hat. Sie ist dafür nämlich bestens gerüstet.» Nationalrätin Martine Brunschwig Graf von den Liberalen wiederum wundert sich, warum der Bundesrat sich entschuldigt, noch bevor das Schiedsgericht die Arbeit aufgenommen hat. Einzig der Genfer SVP-Nationalrat Yves Nidegger ortet die Schuld für die einjährige Krise bei den Genfern selbst. «Um Hannibal Gaddhafi zu verhaften, hätte man nicht mit 22 Polizisten im Hotel einfahren müssen, das war unverhältnismässig.» Hätten sich die Genfer für ihren Irrtum rasch und diskret entschuldigt, müsste sich die Schweiz jetzt nicht demütigen, so Nidegger.

> Tageskommentar Seite 2

Das umstrittene Abkommen

Sieben Punkte. Das schweizerisch-libysche Abkommen zur Beilegung der Affäre Gaddhafi umfasst sieben Punkte. Laut Punkt eins soll sich die Schweizer Regierung öffentlich für die «ungerechtfertigte und unnötige Verhaftung» von Hannibal Gaddhafi entschuldigen. Zweitens setzen beide Staaten gemeinsam ein Schiedsgericht zur Untersuchung der Affäre ein. Beide Parteien teilen sich die Kosten dafür. Laut Punkt drei sollen – falls das Gericht unrechtmässige Handlungen feststellt – Schweizer Behörden die notwendigen Schritte gegen die Verantwortlichen einleiten. Viertens und im Falle, dass das Gericht Gesetzesverletzungen feststellt, müssen die Verantwortlichen vor Gericht gezogen werden. Fünftens muss in einem solchen Fall eine Entschädigung an die Opfer gezahlt werden. Sechstens verpflichtet sich die Schweiz, dass solche Zwischenfälle mit libyschen Bürgern in Zukunft nicht mehr vorkommen. Siebtens

kommen die Parteien überein, ihre Beziehungen zu normalisieren. SDA/kng

Libyen-Deal empört Genfer

Ohne die Genfer zu konsultieren, kündigte Bundesrat Merz in Libyen eine Untersuchung der Genfer Polizei an. Dieses Vorgehen empört Behörden und Politiker des Kantons Genf.

DENISE LACHAT

GENF. Auf die Einigung von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz mit Libyen in der Affäre Hannibal Gadhafi reagierte die Genfer Regierung gestern knapp und deutlich. Auf jede mündliche Auskunft verzichtend, bekräftigte sie in einer schriftlichen Stellungnahme ihr Vertrauen in die Genfer Polizei und in die Justiz.

Sie sei beunruhigt, dass der Bund ein ausländisches Schiedsgericht ermächtigt, die «Schuldigen» bei den Genfer Behörden und der Genfer Polizei zu bezeichnen. Ohne die Genfer im Voraus zu informieren, lasse die Eidgenossenschaft den Kanton mit den künftigen Entscheiden dieses ausländischen Gerichts alleine, schreibt die Regierung. Sie hat darum mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Kontakt aufgenommen, um in diesem Verfahren Unterstützung von anderen Kantonen zu erhalten.

«Unzulässiger Eingriff»

Tatsächlich ist die Strafverfolgung nicht die Domäne des Bundes. «In normalen Zeiten würde man sagen: Dieser Eingriff ist unzulässig», erklärt Peter Haenni, Professor am Schweizer Föderalismusinstitut in Freiburg. Allerdings komme im Fall Gadhafi als Komponente die Aussenpolitik hinzu. «In der Aussenpolitik ist der Bund unabhängig von der internen Kompetenzverteilung für sämtliche Bereiche zuständig.» Rechtliche Einwände gegen das Vorgehen von Bundesrat Merz hätten darum «wenig Fleisch am Knochen», sagt der Föderalismus-Experte. Er räumt aber ein, dass die Genfer zumindest hätten konsultiert werden müssen, wenn schon die Kompetenz des Kantons geopfert werde, was doch ungewöhnlich sei. Dass der Bundesrat die Massnahme im Ausland verkünde, ohne zuvor die Betroffenen zu informieren, sei ein unfreundlicher Akt gegenüber Genf.

Wie reagiert das Konkordat?

Ob die KdK auf das Begehren Genfs eintritt, ist nach Auskunft von Roland Mayer noch offen. Zunächst würden die Fakten geprüft und dann dem leitenden Ausschuss unterbreitet, sagt der Leiter des Bereichs Aussenpolitik. Voraussichtlich komme die Sache ins Plenum: Immerhin gehe es um grundsätzliche Fragen angesichts der Tatsache, dass eine Administrativuntersuchung durch den Kanton Genf das Vorgehen der Polizei als rechtmässig einstufte, der Bundesrat diese Rechtmässigkeit aber nochmals von einem auswärtigen Gericht überprüfen lassen wolle. Der Genfer Polizeidirektor Laurent Moutinot (SP) hatte wiederholt betont, die Behörden zögen das Vorgehen der Polizei nicht in Zweifel.

Parteien schockiert

Dass sich Bundesrat Merz am Donnerstag in Libyen für die «ungerechtfertigte und unnötige Verhaftung» von Hannibal Gadhafi und seiner Familie entschuldigte, schockiert in Genf fast alle Parteien. «Das Prinzip der Gleichheit vor dem Recht wird mit Füßen getreten. Ich bin überzeugt, dass sich das Schweizer Volk dieser Entschuldigung nicht anschliessen kann», sagt die in der Opferhilfe tätige Genfer CVP-Kantonsrätin Anne-Marie von Arx, die auch die zwei misshandelten Gadhafi-Bediensteten betreute. Zumal Merz ohne die zwei in Libyen festgehaltenen Schweizer zurückgekehrt sei. «Gadhafi kann unter diesen Umständen weiter drohen.» Dass die Polizisten, die sich im internationalen Genf den Umgang mit Diplomaten gewohnt sind, gegenüber dem Sohn des libyschen Staatschefs und seiner schwangeren Frau das «nötige Fingerspitzengefühl» vermissen liessen, lässt von Arx nicht gelten. Erstens sei Hannibal Gadhafi nicht mit einem Diplomatenpass in die Schweiz gereist, und zweitens habe die Polizei gewusst, dass die Leibwächter bewaffnet waren und im Ausland bereits gedroht hätten.

«Polizei bestens gerüstet»

SP-Präsident René Longet spricht von einem unzulässigen Eingriff des Bundes. «Es geht nicht an, der Genfer Polizei vorzuschreiben, wie sie ihre Arbeit zu machen hat. Sie ist dafür nämlich bestens gerüstet.» Nationalrätin Martine Brunschwig Graf von den Liberalen wiederum wundert sich, warum der Bundesrat sich entschuldigt, noch bevor das Schiedsgericht die Arbeit aufgenommen hat. Einzig der Genfer SVP-Nationalrat Yves Nidegger ortet die Schuld bei den Genfern selbst. «Um Hannibal Gadhafi zu verhaften, hätte man nicht mit 22 Polizisten im Hotel einfahren müssen, das war unverhältnismässig.» Hätten sich die Genfer dafür rasch und diskret entschuldigt, müsste sich die Schweiz jetzt nicht derart demütigen.

Bundespräsident Merz gestern in Bern: Unfreundlicher Akt gegenüber Genf.

So reagiert die welsche Presse

Kröte zu schlucken

Wie Bulgarien

An Isolierung erinnert

Während die Deutschschweizer Zeitungen die Reise von Bundespräsident Merz nach Tripolis vergleichsweise moderat kommentierten, ist der Ton in der Westschweiz einiges schärfer.

So schreibt die Freiburger «Liberté»: «Nach der Zeremonie zur Kastration des Bankgeheimnisses am Mittwoch nun die Reise nach Tripoli-sur-Canossa gestern: Armer Hans-Rudolf Merz, der, um das Land zu

retten, gezwungen ist, an einem Tag das Knie vor der amerikanischen Supermacht zu beugen und am nächsten vor <dem tollwütigen Hund des Nahen Ostens>, um ein Wort Ronald Reagens wieder aufzunehmen, mit dem er seinerzeit Muammar al Gadhafi qualifizierte. (...) Gemessen an der schweizerischen Demokratie hat der <Erfolg> von Bundespräsident Merz den Beigeschmack der berühmten Kröte, die zu schlucken ist. Mit verschluckt gleichzeitig auch der Stolz, die Würde, die Werte des Rechtsstaates...»

«24 heures» kommentiert dazu: «Konnte man anders? Die Moral der Geschichte – wenn man dieses Wort denn wagt – ist, dass die Schweiz nicht anders gesehen wird als etwa Bulgarien, das sieben Jahre warten musste, bis es sich aus der Erpressung von Tripolis befreien konnte. Gadhafi lässt nicht mehr eine Boeing über Schottland sprengen, er hat die Sinnlosigkeit dieser Methode erkannt. Aber im Grunde hat er sich nicht verändert.»

«Le Temps» meint: «Die Schweiz zahlt schliesslich den Höchstarif, um wieder normale Wirtschaftsbeziehungen mit dem Land der Dünen zu haben. In dieser Krise verliert die Schweiz mehr als ihre Ehre. Sie wird schroff an ihre internationale Isolierung erinnert. Kein befreundetes Land, das ihr zur Hilfe geeilt wäre. Angesichts eines kompromisslosen Staates hat die Schweiz im Laufe der vergangenen Monate nach und nach ihre Machtlosigkeit erkennen müssen. (...) Die Erniedrigung wartete am Ende der Sackgasse.» (cla.)

Marty: «Schweiz ist gedemütigt»

BERN. Mit Irritation, aber auch Erleichterung nimmt Dick Marty, der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates, das Abkommen mit Libyen zur Kenntnis. Die Schweiz habe kapitulieren müssen und wurde aus seiner Sicht gedemütigt: «Die Schweiz musste sich für etwas entschuldigen, für das es keinen Grund gab.» Er sei aber auch erleichtert über das Ende der Krise. Erleichtert sei er auch darüber, dass die beiden festgehaltenen Personen freikommen sollen. Unverständnis zeigte Marty aber dafür, dass die beiden Personen nicht mit Merz ausreisen konnten. «Da hätte die Schweiz nicht nachgeben dürfen.» (sda)